

Länder und Gemeinden gefordert

Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich könnten zu mehr Klimaschutz in den Gebietskörperschaften beitragen.

WIEN Der Rechnungshof rechnet mit Kompensationszahlungen von mehr als neun Milliarden Euro, falls Österreich die europäischen Klimaziele nicht erreicht. Hinzu kommen Klimawandelanpassungskosten. Doch dafür ist nicht allein der Bund verantwortlich, im Gegenteil: Der Investitionsbedarf betrifft laut Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) alle Gebietskörperschaften und vor allem die Gemeinden.

Auf diese verteilen sich laut Johann Bröthaler, Assistenzprofessor für Finanzwissenschaft und Infrastruktur an der Technischen Universität Wien, 45 Prozent des öffentlichen Kapitals von insgesamt etwa 500 Milliarden Euro. Doch die Finanzierungsspielräume in den kommenden Jahren würden weit unter dem Vorkrisenniveau liegen: „Dadurch steigt das Risiko eines Investitionsrückstaus.“ Und damit das Risiko von Strafzahlungen.

Jetzt oder nie?

Um in dieser Thematik einen Fortschritt zu erzielen, könne der Finanzausgleich, also die Verteilung des Steuerpotentials auf Bund, Länder und Gemeinden, herangezogen werden, sagt KDZ-Ökonomin Karoline Mitterer. Dieser wird im Moment



„Länder und Gemeinden machen im Klimaschutz schon viel, aber nicht schnell genug.“

Karoline Mitterer
KDZ-Ökonomin

hinweg abgestimmt ist.“ Denn neue Aufgaben, die mit dem Klimaschutz



Mit weniger Bodenversiegelung könnten auch die Regionen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. LAND VORARLBERG

neu verhandelt, dadurch sei jetzt der ideale Zeitpunkt, den Klimaschutz besser zu koordinieren: „Sinnvoll wäre ein Klimapakt, damit nicht jede Ebene isoliert etwas macht.“

Ziel sei eine gemeinsame Strategie, „die über die Gebietskörperschaften

zweifelloso auf alle Verantwortlichen zukommen würden, etwa die thermische Sanierung, müssten veränderte Finanzierungsströme nach sich ziehen, sagt Mitterer. Dies sei vor allem im Bereich der Raumplanung – Stichwort: aktuell zu hoher Bodenverbrauch – und des öffentlichen Verkehrs notwendig, denn: „Gemeinden und Länder machen schon sehr viel, aber nicht schnell genug.“

Verbindliche Zielsetzungen

Michael Getzner, Leiter des Forschungsbereichs an der TU, gibt außerdem zu bedenken, dass die Umsetzung von festgesetzten Pro-

jekten bis zu drei Finanzausgleichsperioden in Anspruch nehmen kann: „Wenn wir jetzt nichts verankern, sind wieder drei, vier oder fünf Jahre vergangen.“ So könnten in einem Finanzausgleichsgesetz Klimaziele verbindlich festgeschrieben werden. Einfach nur finanzielle Mittel bereitzustellen, reiche nicht: „Es braucht Ziele, in welchen Bereichen wie viel Treibhausgas zu vermeiden sind.“

Internationale Verpflichtungen sei man sowieso als Bund eingegangen, nun gelte es, diese innerstaatlich zu „übersetzen“. Zur Finanzierung wirft Bröthaler verschiedene Varianten in den Raum: Abgaben

wie die Mineralölsteuer könnten zweckgewidmet werden; klimaschädliche Förderungen wie die vergünstigte Mineralölsteuer beim Diesel könnten abgeschafft werden; neue Finanzierungsquellen wie eine Vermögenssteuer könnten erschlossen werden.

Klimaschutz auch auf Mikroebene

Ein „Problem des Föderalismus“ ist laut Getzner jedenfalls, dass immer noch zu viel zu unkoordiniert und wenig überprüft passiere: „Das sieht man zum Beispiel bei der Bodenstrategie und beim Landverbrauch, da hat man über 30 Jahre viel verschlafen.“ Deshalb kann er auch Aussagen wie jene von der Vorarlberger Wirtschaftskammer, die zuletzt in einer Stellungnahme zur Novelle des Raumplanungsgesetzes den Anteil, den Vorarlberg mit der Raumplanung wirklich zum Klimaschutz beitragen kann, infrage stellt, nicht nachvollziehen: „Ich halte das für Schwurbelei, und nach 30 Jahren internationalen Verpflichtungen ist es eine Unterstellung gegenüber allen anderen, dass sich diese nicht an die Vereinbarungen halten. Das ist weit weg von der Lastenaufteilung, wie wir sie fordern.“ Denn, so Johann Bröthaler: „Klimaschutz gibt es auch auf der Mikroebene.“ Womit wir wieder bei den Ländern und Gemeinden wären. Und auch vor allem in Vorarlberg. **VN-WEM**



EINFACH
MEHR
ERFAHREN

<http://VN.AT/sumclw>



Hans Hartmann hat sich mit dem Thema Erschöpfung bei Familien auseinandergesetzt.

Wenn Familien gestresst sind

Therapeut Hans Hartmann nennt Symptome und erklärt Auswege.

SCHWARZACH Stress, Erschöpfung, Überforderung: Gerade wenn die Kinder noch klein sind, machen viele Eltern keine leichte Zeit durch. Das überträgt sich dann nicht selten auch auf den Nachwuchs. Neurologe, Psychiater und Familientherapeut Hans Hartmann hat

sich intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Im Rahmen der Reihe „Wertvolle Kinder“ des Vorarlberger Kinderdorfs zeigt er Auswege aus dieser Misere auf. Bei Vorarlberg LIVE hat er am Mittwoch einen Einblick dazu gegeben.

Die letzten validen Zahlen, die in Vorarlberg dazu erhoben wurden, sind schon über zehn Jahre alt. Damals hieß es, dass acht Prozent der Vorarlberger Familien von solchen Erschöpfungssymptomen betroffen sind. „Heute gehen wir von ei-

ner höheren Zahl aus“, sagte Hartmann. Unruhe, Schlafstörungen und Kopfschmerzen seien unter anderem erste Warnsignale, die der Körper sendet.

Ein Tipp des Experten: „Ressourcen finden.“ Vielleicht können Verwandte, Freunde oder Bekannte mithelfen und so für die dringend benötigte Entlastung sorgen.



VIDEO
Vorarlberg LIVE

<http://VN.AT/sumclw>

POLITIK IN KÜRZE

Verschlechterung bei Gleichstellung

WIEN Österreich ist in einer vom Weltwirtschaftsforum (WEF) erstellten globalen Rangliste der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen auf Rang 47 unter 146 Ländern abgestürzt. Das bedeutet gegenüber 2022 eine Verschlechterung um 26 Plätze. Zurückzuführen ist das unter anderem auf den gesunkenen Anteil an Ministerinnen in der Regierung. Auf dem ersten Platz des Geschlechtergleichstellungsindex landete erneut Island. Auf den Spitzenplätzen in dem internationalen Vergleich, den das WEF seit 2006 durchführt, folgen hinter Island Norwegen, Finnland, Neuseeland und Schweden. Insgesamt weist Europa mit 76,3 Prozent die höchste Geschlechterparität weltweit auf.

Nebenjobs in Kassenpraxen

WIEN Spitalsärztinnen und -ärzte sollen - geht es nach ÖGK-Arbeit-



Spitalsärzte sollen nebenbei nicht als Wahlärzte jobben, fordert Huss. APA

nehmerInnen-Obmann Andreas Huss - nebenbei nur noch in Kassenpraxen, nicht aber als Wahlärzte jobben. „Es sollte Usus werden, dass Nebenbeschäftigungen in den öffentlichen Krankenhäusern nur noch genehmigt werden, wenn die ÄrztInnen in einer Kassenpraxis mitarbeiten möchten“, forderte Huss am Mittwoch per Aussen-

dung. Von den ungefähr 11.000 Wahlärztinnen und Wahlärzten in Österreich seien etwa die Hälfte in Krankenhäusern tätig. Die Ärztekammer reagierte wenig erfreut.

Ermittlungen gegen Journalisten

KLAGENFURT Die Kärntner Staatsanwaltschaft geht gegen den freien Journalisten Franz Miklautz vor. Es wird wegen des „Beitrags zu Verletzung des Amtsgeheimnisses und Verletzung des Datenschutzgesetzes“ ermittelt. Auch wurden sein Computer und Handy sichergestellt, weil er auf Basis ihm zugespielter geheimer Unterlagen über Misswirtschaft rund ums Klagenfurter Rathaus berichtet hat. Mehrere Branchenorganisationen wie der Verein der Chefredakteur:innen, der Presseclub Concordia, die Journalist:innengewerkschaft in der GPA, Reporter ohne Grenzen oder der Presserat kritisierten das Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Vielfach war die Rede von einem „Anschlag auf die Pressefreiheit“.

KARIKATUR

Babler denkt ... Karl Marx lenkt!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT